



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gegen Hass im Netz: Rechtsextreme und rassistische Hetze und Vernetzung im Internet bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport bis Ende Januar 2017 schriftlich und mündlich zu berichten, wie die bayerischen Sicherheitsbehörden gegen die zunehmende rechtsextreme bzw. rassistische Agitation und die Formierung bzw. Vernetzung rechtsextremer und rassistischer Gruppierungen im Internet vorgehen.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Mit welchen Maßnahmen reagieren die bayerischen Sicherheitsbehörden auf die massive Zunahme der rechtsextremen und rassistischen Hetze – insbesondere in den sozialen Medien?
2. Welche speziellen Herausforderungen bestehen bei der Strafverfolgung entsprechender Delikte und in Form welcher konkreter Maßnahmen wird diesen Herausforderungen begegnet?
3. Inwiefern bildet die Auseinandersetzung mit der rechtsextremen und rassistischen Hetze und mit der Vernetzung rechtsextremer und rassistischer Akteure im Internet einen Schwerpunkt in der Arbeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV)?
4. Wie wird speziell dagegen vorgegangen, dass sich verfassungsfeindliche, rechtsextreme, rassistische – oder gar rechtsterroristische – Gruppierungen durch den Austausch und die Agitation im Internet bilden und etablieren können?

Begründung:

Einschüchterungsversuche, Bedrohungen und die Hetze gegenüber Personen, die nicht in das menschenverachtende Schema rechtsextremer und rassistischer Ideologien passen, nehmen in Bayern deutlich zu. Diese alarmierende Entwicklung lässt sich insbesondere an einem massiven Anstieg von als rechts-extrem motiviert eingestuften Delikten aus dem Bereich der sogenannten Hasskriminalität ablesen. Allein im Vergleich zwischen 2014 und 2015 zeigt sich, laut der Antwort des Innenministeriums auf eine Schriftliche Anfrage von Katharina Schulze (Bündnis 90/Die Grünen), eine Zunahme der angezeigten bzw. gemeldeten Delikte um fast 50 Prozent. Seit 2012 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt.

Die offiziellen Zahlen des Innenministeriums zeigen auch, dass das Internet (d.h. E-Mails und Social-Media-Kanäle) bei rechtsextremen und rassistischen Bedrohungs- und Einschüchterungsversuchen eine immer größere Rolle spielt. Hier hat sich die Zahl der Meldungen von „Hasskriminalität“ allein im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Seit 2012 zeigt sich eine Verfünffachung der Fälle.

Gleichzeitig spielen soziale Netzwerke für die Vernetzung und Etablierung rechtsextremer, rassistischer oder gar rechtsterroristischer Gruppierungen eine immer größere Rolle. Als Beispiele seien nur die aufgedeckten Anschlagpläne der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppe „Oldschool Society“ oder die Etablierung der sogenannten „Identitären Bewegung“ in Bayern zu nennen. Im bayerischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 heißt es zu den Aktivitäten der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD): „Bei der IBD handelte es sich zunächst um eine überwiegend virtuell agierende Organisation, die über eigene Internetseiten sowie über das soziale Netzwerk Facebook untereinander in Verbindung stand. (...) Seit Anfang 2015 entfalteten der IBD zurechenbare Aktivistinnen in Bayern über den virtuellen Raum des Internets hinaus mehr und mehr auch realweltliche Aktivitäten.“

Angesichts dieser Entwicklungen muss das Internet als Raum von rassistischer Hetze, Gewalt und Vernetzung verstärkt in den Blick genommen werden. Denn egal ob in der „virtuellen“ oder in der „realen“ Welt: Rassismus und jede Form von menschenverachtenden Aktivitäten stellen eine massive Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Sie gefährden nicht nur die individuell davon Betroffenen, sondern unsere Demokratie als Ganzes.